

Zu den
unterschätzten Relikten
des Sozialismus

Die PDS als Problem des Westens

Claus Detjen

Die PDS zog ins Berliner Rathaus auf dem roten Teppich einer politisch naiv gestimmten Öffentlichkeit des Westens ein. Eine Gesellschaft, die Politik vorwiegend in Talkshows als Bestandteil ihres Unterhaltungsprogramms konsumiert, wird mit der Politik belohnt, die sie verdient. Im Zynismus dieser Feststellung bricht sich die Realität, die wir erleben, wenn Biolek und Gysi einander in unschuldsvoller Koketterie die Freundlichkeiten zuspieren wie niedliche Seelöwen im Zirkus die Luftballons. Wer fragt bei so gespanntem Parlando über die wunderbaren Glücksfälle eines erfüllten Lebens und so geöltem Freilauf der Gedanken über die bessere Welt, die es zu schaffen gilt, nach totalitärer Herkunft aus der DDR und sozialistischer Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland?

Die PDS als Regierungspartei im Land Berlin ist nicht mehr eine lästige Randerscheinung wie in Schwerin oder in Magdeburg. Sie ist ein Faktor in der Hauptstadt aller Deutschen. Es wird jetzt Zeit, dass in der westdeutschen Gesellschaft die PDS nicht mehr nur als ein kopfschüttelnd zur Kenntnis genommenes Problem der Ostdeutschen eingeordnet wird, sondern als eine Aufgabe ihrer eigenen Standortbestimmung. Es kann, es darf ihr nicht gleichgültig sein, wer ihre Hauptstadt in welchem Geist gestaltet.

Die PDS ist auf dem Weg, in Deutschland eine neue Linke links von der SPD fest zu etablieren. Ihre Basis hat sie im Osten, ihr Ziel ist der Westen. Deshalb wird es ein Gebot der politischen Vernunft der bür-

gerlichen Gesellschaft des Westens, ihre Wahrnehmungsbarrieren aufzubrechen und sich mit der PDS programmatisch in der gleichen Schärfe und Intensität auseinander zu setzen, mit der die Postkommunisten ihre Strategie zur Überwindung der gesellschaftlichen Ordnung und der Westorientierung der Bundesrepublik Deutschland ideologisch vorbereiten.

Das wäre ein Zeichen politischer Kultur selbstbewussten Bürgertums, das zu unterscheiden weiß, wer in Ostdeutschland wen gestürzt und damit das Tor zur Wiedervereinigung geöffnet hat. Das wäre ein Akt politischer Glaubwürdigkeit an der Stelle falsch verstandener Toleranz, die sich damit abfindet, dass die PDS ihren Starplauderer Gysi als ihren V-Mann in Berlin als stellvertretenden Regierungschef einsetzt, in einer Landesregierung, die sich als Deutschlands Hauptabteilung politischer Experimente mit hohem Unterhaltungswert vorstellt.

Die SPD hat dort, wo sie die PDS in die direkte und indirekte Regierungsverantwortung holte, die früheren Bankrotteure zu Spezialisten für Unternehmenssanierungen diplomiert. Das hat den fatalen Eindruck verfestigt, die PDS sei notwendig, damit die wirtschaftliche Sanierung Ostdeutschlands gelingt und die Vereinigung zwischen Ost- und Westdeutschen mental vorankommt.

Die PDS konnte in Berlin auch deshalb Regierungspartei werden, weil der Westen nicht in der Lage war, die SED-Nachfolger bei ihren Wählern als die Verantwortlichen für die Defizite des Ostens zu

kennzeichnen und als Hoffnungsträger zu delegitimieren. Stattdessen gelang es der PDS, ihre Interpretationen der Vereinigungsprobleme und der DDR als eines dem Lauf der Geschichte notwendigerweise entsprungenen Versuchs zur Schaffung eines besseren Deutschland bis weit in die westdeutsche Öffentlichkeit hinein wirksam werden zu lassen.

In der einzigen frei gewählten Volkskammer der DDR hatte sich die PDS gegen die Vereinigung auf der Basis des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen, weil ihr Ziel damals wie heute eine andere Republik war. Jetzt ist sie ihrem Ziel auf anderem Weg ein Stück näher gekommen. Der Osten verändert die Bundesrepublik Deutschland. In Berlin hat die Veränderung unübersehbar Form und nachhaltige Ausstrahlung angenommen.

Ignoranz des Westens

Die PDS ist ein Problem des Westens, weil dieser bisher nicht erkennen wollte, dass sie ein Problem des Westens ist. Die PDS ist ein Problem der Ignoranz des Westens, dessen Gesellschaft nach wie vor mehrheitlich in dem Glauben lebt, der Osten gehe sie nicht mehr an als die regelmäßige Steuerleistung des Solidaritätsbeitrages. Das ist die eingeübte Form des Leistungsaustausches Geld statt Zuwendung – Freikauf von der Verpflichtung, sich mit einer schwer verständlichen und unserem gewohnten gesellschaftlichen Verhalten fremden Gesellschaft, die in Ostdeutschland lebt, auseinander zu setzen.

Mit der Verweigerung von Zeit und Zuwendung haben die Westdeutschen der PDS das Wasser zugeleitet. Mit der Weigerung, die Vereinigung als eine politische und gesellschaftliche Aufgabe aller Deutschen zu begreifen statt als eine Transformationspflicht der Ostdeutschen, haben die Westdeutschen die PDS-Erfolge nie als einen Reflex auf ihre eigene Unfähigkeit verstanden, den Osten aus den Lebensge-

schichten der Mehrheit seiner Menschen zu erklären statt aus den Schablonen westlicher Unkenntnis. Um Irrtümern vorzubeugen: Das heißt nicht, DDR-Nostalgie zu belohnen und Mitläufertum zu einer Bürgertugend aufzuwerten.

Dem Westen fehlte es gewiss nicht an gutem Willen. Nein, dem guten Willen fehlte es in der westdeutschen Gesellschaft, in ihren großen Organisationen von den Verbänden bis zu den Kirchen an guten Kenntnissen, zum Beispiel über die Strukturen, die über das ganze Territorium der DDR gesponnen sind; darin konnte die PDS die Kontinuität ihrer gesellschaftlichen Präsenz aus der DDR in die neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland übertragen. Besonders fatal war, dass sich die besten westlichen Absichten zu oft mit Überheblichkeit gegenüber den vermeintlich kleinnütigen Warnungen erfahrener Ostdeutscher verbanden, wenn diese auf die Erwartungen hinsichtlich einer mentalen Zuwendung des Westens zum Osten hinwiesen und vor einer Überforderung des Anpassungswillens der Ostdeutschen warnten.

Die Erfolge der PDS sind die Antwort des Ostens auf die Schwierigkeit des Westens, die Vereinigung als einen geistigen Prozess zu begreifen. Er hat zu lange in der Zusammenführung der beiden Teilstücke des ehemaligen Deutschen Reiches vorrangig nur eine Aufgabe für seine organisatorische Kompetenz, seine rechtliche Gestaltungsfähigkeit und seine wirtschaftliche Überlegenheit verstanden. Das alles war notwendig, damit in den neuen Ländern der in der DDR ungebremste Verfall von Städten, Dörfern, Produktionsstätten und Landschaften gestoppt wurde. Das alles war notwendig, damit eine Umkehr aus Destruktion in Konstruktion mit Zukunftsoption möglich war. Aber es war nicht genug.

Arbeitslosigkeit war als Krebsgeschwür im Körper einer Gesellschaft im Osten diagnostizierbar, als der Westen

noch glaubte, er werde davon verschont bleiben. Im Osten hat sich zugleich gezeigt, dass die Vermittlung der Werte, die eine Gesellschaft zusammenhalten, nicht in Supermärkten, Einkaufszentren, mit neuen Straßen, schöneren Zügen der Bahn und mit perfekt organisierten Bauordnungen möglich ist.

Die PDS hat es sich überall dort bequem eingerichtet, wo es der Westen nicht vermochte, die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland und die Vorzüge der Marktwirtschaft im öffentlichen Bewusstsein zu etablieren. Die Frage nach den Gründen kann nicht ohne gründliche Selbsterforschung im Westen beantwortet werden – in Parteien, in den gesellschaftlichen Organisationen von Gewerkschaften bis Arbeitgeberverbänden und selbstverständlich auch in den Kirchen.

Die Selbsterforschung muss dort einsetzen, wo eine andauernde Fehldiagnose ihre Wurzel hat: in der Auffassung, die westliche Werteordnung werde sich von allein überall dort verbreiten, wo zuvor der kommunistische Totalitarismus den neuen sozialistischen Menschen schaffen wollte.

Die Programmatik

Sich mit der Partei des Demokratischen Sozialismus und deren Führern ernsthafter als bisher auseinander zu setzen heißt: sich für diese Partei und ihre Programmatik zu interessieren. Das erfordert: ihr programmatisches Gebäude gedanklich zu betreten, sich nicht vor der Tür abzuwenden wie vor einem Raum, in den man nicht hineingeht, weil man sich dort in der eigenen politischen Ästhetik angewidert sieht.

Für den künftigen Umgang mit der PDS muss der Westen aus seinen Fehlern lernen. Das ist die Grundlage für eine sachlich und emotional kompetente Auseinandersetzung mit der PDS. Dafür sind die bereits eingeübten Pauschalurteile

weniger hilfreich als das Eindringen in die Grundgedanken, die in ihren inneren Widersprüchlichkeiten angreifbarer und in ihren Zielen diffuser geworden sind, seit die intensive Diskussion um das künftige Parteiprogramm im Gang ist.

Das Programm der PDS darf nicht nur aus ihrer SED-Herkunft analysiert werden. Es ist auch aus seiner Zielrichtung auf eine Wählerschaft zu erklären, die ihrerseits die Bundesrepublik Deutschland im Spiegel ihrer Erfahrungen sieht. Dieser Weg zu einem besseren Verständnis ist nicht zu verwechseln mit anbiederndem Einverständnis in Bezug auf Mentalitäten, politische Positionen und politische Ziele. Er ist aber unerlässlich für eine neue, der Realität entsprechenden Bewertung der Bedeutung und der Aktionsziele einer Partei, die es geschickt versteht, ihre Herkunft mit dem Prädikat „Wir wollten schon immer das Gute“ und die Zukunft mit der Hoffnung „Wir werden es im zweiten Anlauf schaffen“ zu versehen.

Sich mit der PDS auseinander zu setzen erfordert, sich mit den Beweggründen zu befassen, die ihr die Stimmenzuwächse gebracht haben, vor allem die Stimmengewinne in den Teilen der ostdeutschen Wähler, die nicht zu dem von der PDS übernommenen Altbestand der SED-Kader sowie der Funktionseliten gehören, die Privilegien und berufliche Stellung verloren haben. Das schließt ein, sich auf eine nachholende Annäherung an die DDR und ihre Soziostruktur einzulassen – mit dem Ziel, ihre Nachwirkungen wahrzunehmen.

Nur so wird einsehbar, dass die Erfolge der PDS auch das Ergebnis eines zu lange währenden, weit in die Zeit der staatlichen Trennung zurückgehenden geschichtlichen Desinteresses am Osten Deutschlands sind. Der PDS nutzten die westdeutschen Irrtümer über die DDR, über deren gesellschaftliche Hinterlassenschaft und über die geistigen sowie emotionalen Anstrengungen des gesellschaft-

lichen sowie wirtschaftlichen Transformationsprozesses.

Nie eingedrungen ins westliche Wahrnehmungsspektrum sind die weit über die Klientel der PDS hinausgehenden ostdeutschen Einstellungen zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit, des Pluralismus in den westlichen Gesellschaften, zur Zusammenballung wirtschaftlicher Macht und zu den Grundwerten der Verfassung. Man kann die Fragen abtun als eine Hinterlassenschaft jahrzehntelanger kommunistischer Indoktrination. Das ist analytisch zutreffend. Aber es ist gesellschaftspolitischer Leichtsinn, daraus im Westen keine Lehren zu ziehen. Die kritische Annäherung der ostdeutschen Bevölkerungsmehrheit an die real empfundenen Schattenseiten der Marktwirtschaft, die ostdeutsche Unerfahrenheit mit Risiken des Wettbewerbes und mit westlichen Machtstrukturen ist ein Auftrag, die Glaubwürdigkeit und Vermittlungsfähigkeit der eigenen Positionen zu überprüfen und die politische Bildungsarbeit im Westen und im Osten zu verbessern.

Versäumte Ächtung

Es waren zwei Fehler, mit denen der SED der Weg in die Bundesrepublik Deutschland geöffnet wurde. Die gesellschaftliche Ächtung des als Sozialismus verkleideten SED-Kommunismus durchzusetzen, die Nachfolgeorganisation der SED zu verbieten und damit der PDS die Struktur- und Finanzreserven zu entziehen, haben die einen nicht gewagt, die anderen nicht für notwendig befunden. Die PDS falsch einzuschätzen, haben sich alle erlaubt – die einen mit der Formel der Entzauberung, die anderen mit der Erwartung auf ihr Aussterben. Dem entsprechen die Reaktionsmuster in der westdeutschen Gesellschaft auf die direkten und indirekten Berührungen mit der PDS.

Das älteste Muster: Verharmlosung. Die PDS sei eine Partei, die sich von alleine erledigt, sobald es wirtschaftlich

bergauf gehe, die Ostdeutschen wieder mehr Arbeitsplätze hätten und die alten Genossen von der SED gestorben seien.

Das verhängnisvollste Muster: Naivität. Die Ausgrenzung der PDS-Wähler von der Beteiligung an der politischen Macht müsse beendet werden, weil die Vereinigung nicht ohne die PDS vollendet werden könne.

Das primitivste Muster: Abwendung. Die PDS sei eine Sache der Ostdeutschen. Die sollen wählen, wen sie wollen. Wir lassen uns nicht vorschreiben, wen wir wählen sollen.

Das ärgerlichste Muster: Dummheit. Der Westen ist nicht besser als der Osten. Bei uns sind die Parteien nur Selbstbedienungsläden für Politiker. Da ist es ganz gut, wenn die von der PDS aufgemischt werden.

Mit Erfolg verstand es die PDS – allen Tatsachen zum Trotz – der bürgerlichen Gesellschaft das Märchen von der Ausgrenzung einzureden. Dazu gehörte die nachdrückliche Wiederholung der Klage, dass die Fernhaltung der PDS von politischer Verantwortung und öffentlichen Ämtern in den Kommunen, in den Ländern und im Bund die Ostdeutschen ihrer Chance zur Mitwirkung an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft beraube. Die Tatsachen zeigen genau das Gegenteil, nämlich eine relative Überrepräsentanz der PDS in den öffentlichen Ämtern und in den Parlamenten der neuen Länder.

Es gibt kaum ein Kommunalparlament, in dem die PDS nicht stark vertreten ist. Sie verfügt über ungezählte kommunale Wahlämter, sitzt – in der Regel drittstärkste Fraktion nach SPD und CDU – in allen Landtagen nördlich des Thüringer Waldes, sie agiert im Bundestag, erhält Millionen aus öffentlichen Kassen für ihre Wahlkämpfe (obwohl sie selbst bisher die hinreichende Mitwirkung an der Aufklärung über das Verschwinden von einigen Hundert Millionen D-Mark ver-

sagte) und hat eine aus Steuermitteln finanzierte Parteistiftung wie die anderen Parteien des Deutschen Bundestages. Die PDS war seit der Vereinigung immer stark genug, um nie zu kurz zu kommen, als es um die neuen Strukturen in den neuen Ländern ging.

Die Behauptung, sie und ihre Vertreter würden ausgegrenzt, ist eine Lüge, die sie brauchte wie das Theater die Bühnenaussstattung.

Der Westen ist auf diese Rolle hereingefallen. Die PDS war so erfolgreich wie die SED, wenn es darum ging, dem Westen einen Bären aufzubinden. Das passte in die Bewusstseinschablonen des permanenten schlechten Gewissens bürgerlicher Wohlstandsgesellschaften.

Richtiges Leben im falschen

Die Annahme, die DDR sei mit dem Beitritt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zum Geltungsbe- reich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 aus der politisch wirksamen Gegenwart in die erlösende Interpretationshoheit der Geschichtswissenschaft übergeben worden, war ein westdeutscher Irrtum. Ihr schnelles Verschwinden war ein Wunschdenken. Wer glaubte schon daran, dass sie posthum ein zähes Schattendasein im vereinten Land führen könnte, als habe der Teufel den Schatten, den ein Peter Schlehmiel ihm vermachte, dem vergrößerten gemeinsamen Staat angehängt?

Die ostdeutschen Bürgerrechtler warnen schon damals vor den Folgen einer zwei Generationen langen doktrinen Erziehung, der Verdrängung des Christentums aus dem öffentlichen Leben und der Vertreibung des Bürgertums. Solche Warnungen wurden zu oft überhört oder gar als Übertreibung mit gezähmter Arroganz abgetan.

Die DDR blieb auf zweifache Weise gegenwärtig: Erstens überlebte die DDR

ihre staatliche Existenz in den Erinnerungen der Menschen, die in ihr gelebt haben. Weil der Westen diese Erinnerungen nicht als ein Teil der gesamtdeutschen Realität wahrnahm, konnte die PDS sie mithilfe ihres weit verzweigten Hilfsapparates für ihre Zwecke instrumentalisieren.

Die Erinnerungen der Ostdeutschen an ihr Leben in der DDR widerlegen Adorno: Es gibt richtiges Leben im falschen. Die Erinnerungen können sich in den vielfältigsten Konkretisierungen erhalten, von der Schönfärberei einer romantisierenden DDR-Nostalgie bis zur schmerzlichen Einsicht, dass Unrecht, Unterdrückung und Zerschlagung von Hoffnungen nach der Vereinigung nie angemessen anerkannt und wieder gutgemacht wurden. Erinnerungen werden zu einer eigenständigen und unverwü- stlichen Realität, vielleicht gerade dann, wenn ihnen eine schroffe Welt als verletzende Wirklichkeit gegenübersteht.

Zweitens überlebte die DDR geistig in der Partei, die als SED die DDR beherrschte und unter ihrem neuen Namen jetzt in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzt, was den Vätern und Lehrern der heutigen PDS-Führung als Sozialismus vorschwebte.

Die Voraussetzungen dieser Überlebensform des ideologischen Triebwerkes der DDR und wesentlicher Teile seiner Substrukturen entstanden mit der Zähmung der Revolution von 1989 an den Runden Tischen, mit dem Verzicht auf die Auflösung der SED-Nachfolgeorganisationen nach den freien Wahlen vom 18. März 1990, mit den Fehleinschätzungen beim Abschluss des Vereinigungsvertrages, mit der Uneinsichtigkeit des Großteils der westdeutschen Akteure in der Wirtschaft, in Verbänden und in den demokratischen Parteien angesichts der Warnungen ostdeutscher Bürgerrechtler. Die Voraussetzungen lagen auch in der Leichtfertigkeit, in der sich im Westen der Irrtum einnistete, die PDS sei eine Veran-

staltung mit eingebauter biologischer Verfallszeit.

Alte Mitglieder und junge Wähler

Die ostdeutschen PDS-Wähler kennen die PDS, ihre Akteure, ihre Verkleidungen und ihren versteckten Kern besser als der Westen. Die PDS wurzelt im Osten, weil sie dessen Probleme kennt. Sie hat sie schließlich selbst geschaffen, als sie noch SED hieß. Sie löst die Probleme nicht, sondern hat sich darin ihren Nistplatz eingerichtet. Das schafft gegenseitige Vertrautheit und wechselseitiges Vertrauen. Die PDS hat wie keine andere Partei im Osten eine breite Basis, eine in alle Bereiche der Gesellschaft von den Gewerkschaften über Mietervereine, Altenclubs und bis zu Jugendhäusern und in die Kinderkrippen reichendes gesellschaftliches Netzwerk. Die PDS hat nur noch 80 000 vorwiegend alte und ältere Mitglieder – aber hat in jeder Wahl des vergangenen Jahres immer mehr Jungwähler gewonnen. In Berlin, Ost und West zusammengezählt, war sie bei den Jungwählern die stärkste Partei.

Trotzdem ist die PDS nicht die Repräsentantin der Ostdeutschen. Noch in keiner Wahl hat die Mehrheit der Ostdeutschen der PDS ihre Stimme gegeben, auch nicht die Mehrheit der Ostberliner in der Wahl vom 21. Oktober 2001. Die – unbestritten hohen – Anteile der PDS an den Gesamtstimmen müssen in Relation auch zu den Nichtwählern gesehen werden, von denen angenommen werden darf, dass sie wissen, weshalb sie nicht PDS wählen.

Es gibt nur ein Anzeichen dafür, dass die PDS in den neuen Ländern einmal eine Mehrheitspartei wird wie die Volksparteien CDU, CSU und SPD im Westen: Die PDS hat diese Chance dann, wenn die SPD weiterhin im Osten ihre Seele aufgibt (Stölzl) und ihren eigenen Parteaufbau an der Basis so vernachlässigt wie bisher.

Geschichte wiederholt sich. Die Negierung der PDS als einer in die Bundesrepublik Deutschland importierten DDR-Wiederaufbereitungsanlage und des Fortlebens der DDR in den Erinnerungen der Ostdeutschen entspricht dem alten westdeutschen Verhaltensmuster gegenüber der real existierenden DDR. Wegschauen vor dem Unangenehmen, Anpassung an das vermeintlich Unabänderliche, Vergesslichkeit gegenüber den eigenen Grundlagen, ideologische Annäherung von der Koexistenz zur Konvergenz.

Auch die *Neue Zürcher Zeitung* hat die Fehleinschätzung der PDSersterkannt, als ihr Erfolg in Berlin sich abzeichnete: „Das Unwort von der ‚Mauer in den Köpfen‘ dient dabei den ‚Wendeverlierern‘ in der ehemaligen DDR als Vehikel zur Züchtung einer sogenannten ostdeutschen Identität, auf der sie eine eigenständige politische Kultur aufzubauen versuchen. Diese nennt sich ‚demokratischer Sozialismus‘. Lange Zeit konnte man diese Bestrebungen als eher fossiles Kuriosum aus einer anderen Zeit betrachten und belächeln, das sich bald überlebt haben werde. Aber nun schickt sich die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) an, aus ihrem postkommunistischen Biotop herauszukriechen und in der gesamtdeutschen Politik eine Rolle zu spielen.“ (1. Juli 2001)

Lange bevor die SPD in Berlin der PDS die Zugbrücke für den Weg über die Trümmer des Kommunismus zum Einzug in die Landesregierung der Hauptstadt öffnete, fragte die *Neue Zürcher Zeitung*: „Was aber, wenn sich unter dem Impetus einer erstarkenden PDS wieder eine Art Linke formierte, die diesen Namen verdiente und Schröder mit klaren Positionen aus seiner diffusen ‚neuen‘ Mitte hervorlockte? Was wäre die bisherige Schnäppchen- und Häppchenpolitik dann noch wert? Und wie still bliebe der frustrierte linke Flügel der SPD, der seit Lafontaines Abgang heimatlos und entwurzelt vorsich hin schwiegt?“

Die Entwicklungsrichtungen für eine neue Linkspolitik – weit entfernt von Schröders „neuer Mitte“ – zeigen sich in der Berliner Koalitionsvereinbarung sprachlich und in der politischen Symbolik. Die Präambel des Koalitionsvertrags verfällt in wichtigen Abschnitten in die Diktion des ideologischen Jargons „antifaschistischer fortschrittlicher Kräfte“, einer Sprache, die eher dem PDS-Programm als dem Wortschatz einer in der Mitte der Gesellschaft verwurzelten Kanzlerpartei entnommen ist. Die Symbolik zeigt sich in zwei Verpflichtungen: Der erste sowjetische Stadtkommandant Bersarin, dessen Verherrlichung zum ideologischen Erziehungskanon der DDR gehörte, soll zum Ehrenbürger Berlins gemacht werden. Für die Kommunistin Rosa Luxemburg soll in der Hauptstadt an prominenter Stelle ein Denkmal des Landes errichtet werden. Die Frage, wie es um ein ebenfalls an hervorragender Stelle zu schaffendes Denkmal für die Opfer der SED steht, muss in solchem Kontext nicht gestellt werden – sie passt nicht ins ideologische Modell einer Hauptstadtplanung von SPD und PDS.

In der PDS wächst mit der direkten und indirekten Beteiligung an drei Landesregierungen links von der SPD eine im Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland neu zu bewertende und einzuordnende Kraft. Die PDS ist nicht eine Partei aus dem Geist des Grundgesetzes, sondern aus dem Geist des Kommunismus. In Gestalt der PDS hat die Bundesrepublik Deutschland dem Anspruch eine politische Heimat gegeben, die westlich-kapitalistische Ordnung durch die sozialistischen Ideen aus den Hinterlassenschaften der DDR zu überwinden.

Die PDS pflegt Utopien und nutzt sie als ideologisch organisierbares gesellschaftliches Potenzial. Sie präsentiert sich in direkter Tradition der SED: als Partei des Friedens, der Erniedrigten und Belei-

digten, als das Depot der Guten, die in einer vom Kapitalismus beherrschten Welt Ideale, Mitmenschlichkeit und Kultur gegen den Ansturm einer von den USA angetriebenen Maschinerie trivialen Vergnügens, ungehemmter Geldsucht und ungezügelter Kriegstreiberei verteidigen. Die PDS spinnt das alte Garn des edlen Humanismus und der deutschen Ideale, die vor dem Zerfall in amerikanisch-westlicher Dekadenz gerettet werden müssen.

Die PDS selbst bezeichnet sich als Partei, deren vorrangiger Charakter Opposition und Protest sind – also nicht Regierungsfähigkeit und glaubwürdige Verantwortungsbereitschaft. Das mache ihren Unterschied zu anderen Parteien aus, sagte die Vorsitzende Zimmer auf dem Dresdner Parteitag. Für die Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland sollen alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Mittel eingesetzt werden. Daraus macht sie keinen Hehl. Nur eines kann sie nicht sagen: Was Sozialismus genau ist – das kann sie nicht, weil sich Marxisten, Kommunistische Plattform, Schwärmer und Opportunisten der Macht noch untereinander streiten, wie weit sie gehen sollen. Die Uneinigkeit betrifft nicht das Ziel einer anderen Republik, sondern nur die Mittel.

Die PDS verheimlicht – wie alle totalitären oder dem Totalitarismus verwandten Bewegungen – weder ihre Ziele noch ihre inneren Widersprüchlichkeiten. Man muss sie nur wahrnehmen, so wie die Ankündigung der Vorsitzenden Zimmer auf dem Dresdner Parteitag: „Wir wollen uns doch mit diesen Fragen auseinandersetzen, weil es kein abgeschlossenes Bild darüber gibt, wie ein Sozialismus künftig aussehen kann.“ Dafür zu sorgen, dass eine Partei, die sich sozialistisch nennt und nicht genau sagen kann, was Sozialismus ist, von der Verantwortung für unseren Staat ferngehalten wird, ist eine Aufgabe der bürgerlichen Mitte, die diesen Staat bisher getragen hat.